

# Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme des Sonn- und Festtages) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Sinau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Klauisch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111. — Abonnement 1920 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitung-Nr. 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. Beim Abolieren vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11,50 Mk., monatlich 3,85 Mk. Bei den Buchhändlern vierteljährlich 12,00 Mk., monatlich 4,00 Mk. ohne Zustellung. Einzelheft 50 Pf. Anzeigengebühr die Spaltenbreite 1,00 Mk., im Restantenfall 1,50 Mk. Belegstempel 50 Pf. Anzeigen-Nachhalt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postfach-Nr. 1235 Berlin.

Nr. 134.

Magdeburg, Freitag den 11. Juni 1920.

31. Jahrgang.

## In der Klemme.

### Geschichtlich betrachtet . . .

Die Unabhängigen winden und drehen sich, um der Notwendigkeit, in die Regierung einzutreten, zu entgehen. Wieder einmal wollen sie ihr Parteinteresse über die Interessen des Proletariats und über das Wohl des gesamten Volkes stellen. Das Zentralorgan der Unabhängigen, die Berliner Freiheit, bringt es in ihrer Angst vor der Verantwortung fertig, folgende Sätze zu schreiben:

Aber ist eine bürgerliche Regierung nicht eine große Gefahr für die Arbeiterbewegung? . . . Geschichtlich betrachtet, ist . . . die bürgerliche Regierung keine Stärkung, sondern eine Schwächung der herrschenden Klassen.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet also Helfferisch als Reichskanzler an Stelle von Hermann Müller eine Schwächung der bürgerlichen Klasse.

Geschichtlich betrachtet, ist also Ludendorff als Reichswehrminister an Stelle von Geßler eine Schwächung der bürgerlichen Klasse.

Geschichtlich betrachtet, entsteht eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn als Landwirtschaftsminister irgendein Junker aus Pommern oder Ostpreußen an Stelle von Otto Braun die Landarbeiterfragen behandelt.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn der deutschvolksparteiliche Freiherr von Versner die deutsche Außenpolitik gestaltet an Stelle des Sozialdemokraten Adolf Köster.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn Freiherr von Versner die deutsche Außenpolitik gestaltet an Stelle von Adeli Köster.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn Stresemann die Steuern macht an Stelle des Unabhängigen Hilferding.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn der Oberkappist von Jagow Minister des Innern wird an Stelle des Unabhängigen Rudolf Breitscheid oder Crispian.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn Graf von der Schulenburg wieder Oberpräsident von Sachsen wird an Stelle von Brüning.

Geschichtlich betrachtet, bedeutet es also eine Schwächung der bürgerlichen Klasse, wenn statt der unabhängigen Landräte Reid, Raute und Kasperek drei Deutschnationale eingesetzt werden.

Diese Liste kann sich jeder nach Belieben verlängern, und dann mag er sich über diese „historische“ Auffassung, wie die Unabhängigen die Macht der bürgerlichen Klassen brechen wollen, seine Gedanken machen.

Vor den Wahlen haben die Unabhängigen von den Wirkungen ihrer „revolutionären“ Politik ein andres Bild entworfen. Wenn sie über dem Schimpen auf die Sozialdemokraten die Reaktion und ihre Gefahren nicht ganz vergaßen, dann haben sie die Folgen einer reaktionären Herrschaft nicht als eine Schwächung der bürgerlichen Klasse hingestellt. Warum haben die Unabhängigen den Sozialdemokraten im März geholfen, den Kapp-Putsch niederzuschlagen? Warum haben sie von den Arbeitern damals verlangt, daß sie mit den Waffen in der Hand gegen die Reichsregierung kämpfen, wenn sie die Ueberzeugung haben, daß eine Reichsregierung eine Schwächung der bürgerlichen Klasse ist. Die Millionen, die im März in den Streik traten und die Tausende, die ihr Leben lassen mußten, waren also Narren, die nicht erkannten, daß die Herrschaft der Kappisten in Wirklichkeit eine Stärkung der Arbeiterschaft gewesen wäre.

Narren sind nach dieser unabhängigen Lehre auch die Arbeiter der ganzen Welt, die gegen die Herrschaft des weißen Terrors in Ungarn protestieren und nicht begreifen, daß nur der Kapitalismus in Ungarn geschwächt wird, wenn die Organisationen der Arbeiter zerstückelt und die besten Männer des ungarischen Proletariats zu Tausenden und aber Tausenden die Gefängnisse füllen und schlimmer wie das Vieh abgeschlachtet werden.

Die Leute in der unabhängigen Reichstagsfraktion sind viel schlauer. Weil die deutschen Arbeiter so dünn waren, den Kapp-Putsch niederzuschlagen, verheßen die unabhängigen Reichstagsabgeordneten den Kapp-

Parteien einige Wochen später zur Herrschaft, und zwar „verfassungsmäßig“. Aber davon verstehen die „bediminten und verpfuschten Arbeiter“ („Magdeburger Volkszeitung“, Extrablatt vom 7. Juni) nichts, denn das ist „geschichtlich betrachtet“ . . . —

### Gute Nacht, ihr Unabhängigen!

Die unabhängige Presse lehnt böhnisch den Eintritt in die Regierung ab. Sie will weiter in der Opposition bleiben. Das kostet nämlich kein Kopfzerbrechen und keinen Schweiß. Zu gleicher Zeit malt die unabhängige Presse ganz richtig und zutreffend die Gefahren einer bürgerlichen Regierung an die Wand, die nach ihrer Meinung nur übrig bleibt, da die Unabhängigen ja nicht mitmachen. Die Unabhängigen wollen also durch ihre Untätigkeit einer reaktionären Regierung in den Sattel helfen. Dann wird's nach ihrer Ansicht besser für die Arbeiter.

Wir wollen das mal untersuchen. Recht greifbar. Links stellen wir die Pläne der reaktionären bürgerlichen Regierung zusammen und rechts lassen wir folgen, was die Unabhängigen zu diesen Plänen zu sagen haben. Weibes streng nach dem Vorschlag der unabhängigen Presse, darunter auch der „Magdeburger Volkszeitung“. Dann ergibt sich die folgende niedliche Gegenüberstellung:

**Die Reaktion plant:**  
Streikverbot.  
Verlängerung der Arbeitszeit.  
Abbau der Löhne.

Einstreßung der Erwerbslosenfürsorge.

Die deutschnationalen Agrarier werden ihren Vorkurs auf die Taschen der hungerenden Volksschamloier als bisher ausführen.

Niedere Löhne, höhere Preise, größere Knechtung.

Erhöhter Steuerdruck.

Verfälschung der Befehlsordnung.

Noch stärkerer Ausbau der militärischen Reaktion.

Neue Verwicklungen mit der Entente.

**Die Unabhängigen antworten:**  
Bringt uns nicht aus der Ruhe.  
Stückelstand, keiner rührt sich!  
Damen in die Regierung ein-treten — so dummi!

Je weniger Fürsorge, um so besser. Um so schneller kommt die Weltrevolution!

Deswegen einen Finger rühren — fällt uns ein.

Zimmerau. Das Volk will's ja nicht besser haben.

Nur nicht aufreuen. Hände in die Hosentaschen.

Geht uns nichts an.

'ran an den Dauerkaff.

Nch was, wir gehn ins Bette.

Na dann also: Gute Nacht, ihr Unabhängigen!  
Die eine Hoffnung darf man hegen: im Schlafen werden sie was leisten, wenn's nach dem Rezept ihrer Presse gehen sollte. —

### Die Unabhängigen wollen Helfferisch.

Der in Niederbarnim neugewählte Abgeordnete der Unabhängigen, Dr. Rudolf Breitscheid erklärte einem Mitarbeiter der „Neuen Berliner“, seine Partei werde sich auf keinen Fall an der Bildung einer Regierungskoalition beteiligen. Er schloß seine Erklärung mit den Worten:

An dem Vorwurf, daß wir durch unsere Abstimmung das Aufstehen einer rein bürgerlichen Regierung förderten, tragen wir leicht. Um der Klarheit willen ist uns eine rein bürgerliche Regierung lieber als eine, die hinter sozialdemokratischen Kulissen bürgerliche Politik treibt. Wir fassen unsere Aufgabe anders auf. Man wird sich eben allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß wir, wenn wir auch ins Parlament hineingehen, keine parlamentarische Partei im Sinne der übrigen Parteien sind.

Für die Unabhängigen wäre es nach ihrer ganzen Geschichte natürlich ein ungeheuer schwerer Entschluß, die agitatorisch vortreibende Rolle der Kritiker aufzugeben und sich an der positiven Arbeit zu beteiligen. Daß sie sich zu diesem Entschluß aufzuringeln werden, ist kaum noch zu erwarten. Trotzdem bleibt es unsere Pflicht, sie auf die Folgen ihres rein negativen Verhaltens, durch das die ganze Macht in die Hände der äußersten Reaktion gespielt wird, aufmerksam zu machen und für die Zukunft die Verteilung der Verantwortlichkeiten festzustellen.

Vor den Wahlen sagten die Unabhängigen den Arbeitern etwas andres. Um sich der Konkurrenz der Kommunisten zu erwehren, die lediglich das Parlament diskreditieren wollen, versicherten sie, daß sie im Parlament positive und nicht nur rein negative Arbeit leisten wollten. Breitscheid sprach vor

den Wahlen, daß derjenige eine „komische Figur“ sei, der nicht an einer geschaeberischen Arbeit teilnehme und Breitscheid war es, der in der unabhängigen Zeitschrift „Der Sozialist“ auseinandersetzte, daß das Parlament seine historische Aufgabe noch nicht erfüllt habe, und deshalb die Teilnahme an positiver Arbeit notwendig sei.

Der unabhängige Führer Hilferding sagte den Leuten, die keine positive Arbeit im Parlament leisten wollten, daß sie dort nicht an ihrem Plaze seien und draußen bleiben sollten. Tiefen Versicherungen haben die Arbeiter geglaubt, und den Kommunisten, die ehrlicherweise vor den Wahlen ausgesprochen haben, was jetzt die Unabhängigen tun wollen, eine deutliche Abgabe erteilt.

Wir hatten für die Wahlen die Parole ausgegeben „Der Feind steht rechts!“, getreu unserer Politik, der es gelungen war, die Reaktion fast zwei Jahre lang von der Macht fernzuhalten. Das Ergebnis der unabhängigen Wahlerfolge aber ist eine derartige Stärkung der Reaktion, daß die Unabhängigen selbst keinen andern Weg sehen als den, ihr zunächst wieder einmal die ganze Macht in die Hände zu legen: ein Erfolg, den sich die Arbeiterwähler, die einen unabhängigen Stimmzettel in die Urne legten, wohl nicht träumen ließen. —

### Hört es, ihr Unabhängigen!

Die Pariser „Humanité“, das Hauptorgan der französischen Sozialisten, vom 1. Juni veröffentlicht einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten, in dem dieser auf Grund der Wahlen von Braunschweig, Mecklenburg-Strelitz und Danzig das voraussichtliche Resultat der Reichstagswahlen bespricht. Der Korrespondent, der bisher die Taktik der Unabhängigen gelobt hatte, kommt zu folgendem Schlusse:

Die ständige Erscheinung scheint die Herabminderung der Mittelparteien zu sein. Diese Erscheinung hat ihre Gefahren. Sollte sie eine rein bürgerliche Regierung an die Macht bringen, die sicherlich nicht vor einer Militärdiktatur zurückschrecken würde, dann kann niemand behaupten, daß eine derartige Anechtung der Arbeiterklasse besser wäre als die gegenwärtige Koalitionspolitik, noch daß die Revolution mit größerer Sicherheit darauf folgen würde.

Wir brauchen dem nichts hinzuzufügen. Denn eine bessere Rechtfertigung der Taktik der Sozialdemokratie und eine schärfere Beurteilung der Taktik der Unabhängigen läßt sich nicht geben. —

### Braunschweig und Bremen.

Die Unabhängigen kneifen auf der ganzen Linie. Nicht nur im Reich wollen sie die Verantwortung, die ihnen der Ausfall der Wahlen auferlegt hat, nicht tragen und lieber den Nichtsparteien zum Siege verhelfen, auch in den Ländern ist ihre Angst vor der tatkräftigen Arbeit ins Groteske gestiegen.

In Braunschweig haben die Wahlen zum Landtag den sozialistischen Parteien mehr Mandate als den bürgerlichen Parteien gebracht. Da aber zur Beschlußfähigkeit des Landtags in Braunschweig eine Zweidrittel-Majorität notwendig ist, kann von einer regierungsfähigen Mehrheit der Sozialisten keine Rede sein. Trotzdem bestehen die Unabhängigen darauf, ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden.

Am Mittwoch fand die erste Sitzung des neuen Landtags statt. Dort wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten und der Demokraten ein unabhängiger Landtagspräsident gewählt. Eine Regierung konnte nicht gebildet werden, weil die Unabhängigen es ablehnten, allein die Regierung zu übernehmen, obwohl unsere Genossen die Erklärung abgaben, daß sie bereit sind, die unabhängige Regierung zu unterstützen, solange sie ihre Politik nach den Grundsätzen des Erfurter Programms gestaltet. Der Mut hat also die Unabhängigen gerade in dem Moment verlassen, als sie Gelegenheit hatten, ihre Behauptungen zu beweisen, daß sozialistische Politik getrieben werden könne, ohne auf bürgerliche Minoritäten Rücksicht zu nehmen. Die Braunschweiger Unabhängigen waren durch die Haltung unserer Genossen sogar in der Lage, ungehemmt von sozialdemokratischen Ministern, ihr Programm, mit dem sie auf den Wählerfang gegangen waren, in die Tat umzusetzen. Aber dazu sind sie zu feig oder geben zu, daß sie Unmögliches versprochen haben.

In Bremen treibt das unabhängige Wortbesidentum noch schönere Blüten. Stolz und hochmütig berichtete am Mittwoch die „Magdeburger Volkszeitung“:

### Eine proletarische Mehrheit in Bremen.

Der Ausfall der Würgerwahl, die zugleich mit der Reichstagswahl erledigt wurden, hat unsere Partei zur stärksten Partei in der Landesversammlung gemacht. Die bremische Landesversammlung besteht aus 120 Mitgliedern, von denen 87 der U. S. P. D. angehören. Die rechtssozialistischen Parteien sind die Demokraten 17, die Deutsche Volkspartei 24, die Deutschnationale Volkspartei 7, die K. P. D. 7, die Christliche Volkspartei 2 und verschiedene Berufsständler 9 Mitglieder. Die Wahlen haben also eine proletarische Mehrheit ergeben; 66 proletarischen Vertretern stehen 54 bürgerliche gegenüber. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die rechtssozialistischen jemals den Mut und den Willen zeigen werden, eine Politik zu betreiben, die es der U. S. P. D. und der K. P. D. möglich macht, mit ihnen gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Der Führer der Bremer Unabhängigen, der Vorsitzende der unabhängigen Fraktion in der Nationalversammlung, Gen. Senke, lehnt nämlich die Bildung einer rein sozialistischen Regierung und die Übernahme der Macht in Bremen rundweg ab, weil ihm die Mehrheit der sozialistischen Parteien zu gering ist und eine solche Regierung zu leicht gestürzt werden könne. Nur zur Opposition haben diese Wortrevolutionäre Mut, denn Senke sagt:

Wenn aber schon so leicht die eine oder die andre Regierung gestürzt werden könnte, dann ist es doch nur in der Ordnung, wir gehören nicht zu den Gestürzten, sondern zu den Umstürzern.

Die Leute, die immer von der Diktatur des Proletariats schwärmen, bringen in Wirklichkeit also nicht einmal den Mut auf, mit einer tatsächlichen Mehrheit zu regieren.

### Verraten und verkauft.

In ihrer Not wissen die Unabhängigen nicht, was sie ihren Anhängern sagen sollen, um ihnen ihre Angst vor der Regierung zu verdecken und ihren Parteigewinn und ihre Feigheit zu bemänteln. Die unabhängige Berliner Freiheit versucht es mit einem künstlichen Nebel, indem sie sich auf den „historischen Standpunkt“ stellt. Die ungefüllte Magdeburger Volkszeitung ist in der Bedrängnis aus der Rolle gefallen und bekennt mit einem Male, daß das ganze Geschrei von der grundsätzlichen Gegnerschaft zur Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien Humbug war. Sie gibt zu, daß es durchaus denkbar und vernünftig ist, im Falle der dringenden Notwendigkeit eine Koalition einzugehen. In ihrer Ausgabe vom Donnerstag schreibt sie:

Wenn die U. S. P. die Gewißheit hätte, daß durch die nach links erweiterte Koalition irgendein Vorteil für die Arbeiterschaft zu erzielen wäre, dann — wir sagen es offen — müßte sie den Vorschlag annehmen.

Natürlich kommt die „Magdeburger Volkszeitung“ zu dem Schlusse, daß Vorteile nicht zu erwarten wären. Sie braucht aber nur ihre Nummer vom Dienstag nachzusehen, um zu entdecken, welche Nachteile für die Arbeiterschaft entstehen, wenn die Unabhängigen durch ihre Weigerung, in die Linksregierung einzutreten, eine Regierung aller bürgerlichen Parteien erzwingen, in der nämlich die extremsten Elemente die Führung an sich reißen werden. Sie schrieb damals:

Das Unternehmertum, das ja besonders in der sehr gestärkten Volkspartei dominiert, wird nunmehr versuchen, alle die schädlichen Pläne der Entrechtung durch Antikreisgesetz, die Arbeitszeitverlängerung, den Ausbau der Löhne und die Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge durchzuführen.

Die deutschnationalen Agrarier werden schamloser als bisher ihren Vortug auf die Taschen des hungernden Volkes ausüben und Mißgewinne erwirken. Höhere Preise und größere Knechtung werden die ersten schlimmen Folgen sein. Erhöhter Steuerdruck, noch stärkerer Ausbau der militärischen Reaktion wird folgen. Neue Verwicklungen mit der Entente können dann nicht ausbleiben.

Am 18. Mai kennzeichnete die „Magdeburger Volkszeitung“ das Endziel einer Rechtsregierung folgendermaßen:

Ihre Herrschaft würde die Wiederaufrichtung des Kaiserthums und der preussischen Monarchie, des alten Polizeistaats und Zwangsstaates mit seiner Entrechtung der Arbeiterschaft und Angehörigen und der untern Beamtenklasse bedeuten, die weitest getriebene Abwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Proletarier, die Wiederbelebung des Militarismus, die Wiederaufrichtung der Politik der Völkerverhetzung, die uns in den Krieg geführt hat und die zu neuen Kriegen treiben müßte.

Wie es den Landarbeitern ergehen wird, wenn die Unabhängigen einer Rechtsregierung in den Sattel helfen, das hat die „Magdeburger Volkszeitung“ sehr klar an einem einzigen Beispiel dargelegt. Am 21. Mai schreibt sie:

Attentat auf die Freizügigkeit der Landarbeiter.

In aller Stille bereitet sich ein geradezu ungeheurer Versuch vor, die Freizügigkeit der Landarbeiterschaft unmöglich zu machen, und zwar durch sogenannte Entlassungsbescheine. Während der Landwirtschaftsminister in Preußen es abgelehnt hatte, die Freizügigkeit der Landarbeiter durch Entlassungsbescheine, d. h. also für Weisungen über ordnungsmäßigen Austritt aus einem Dienstverhältnis, zu beschränken, vielmehr die Materie gesetzlicher Regelung überlassen wollte, versuchen nunmehr eine Reihe von Demobilisierungskommissionen auf Grund der Verordnung über wirtschaftliche Demobilisierung die Landarbeiter fest in die Hand ihrer agrarischen Ausbeuter zu geben. Sie bedeutet im Prinzip nichts anderes, als eine Neubelebung der vorhin schon besprochenen Gesindeordnung, der die Landarbeiterschaft bis zum Ausbruch der Revolution unterstand. Sie bedeutet aber auch eine schwere Feindseligkeit des Landproletariats zugunsten der Agrarier, die, wenn sie rechtskräftig würde, jede Lohnforderung der Landarbeiter glatteig ablehnen könnten. Gaben sie sie doch vollständig in der Hand, weil sie anderswo Arbeit finden könnten nur auf Grund des von ihnen ausgestellten Entlassungsbescheins.

Die ganze Spannung des vormärzlichen Obrigkeitsstaats zugunsten des Besitzes, gegen die Arbeiterschaft, spricht aus dem Entwurf. Er darf unter keinen Umständen rechtskräftig werden. Die Landarbeiterschaft muß sich mit aller Energie gegen diese Strebung ihrer freien Arbeit zur Wehr setzen. Vor allem aber muß sie am 6. Juni die Quittung auf solche Versuche zu ihrer sozialen Rechtschaffenheit erteilen, indem sie gegen das bestehende System stimmt, das sie überhaupt erst ermöglicht. Sie kann das, indem sie ihre Stimmen gibt den Vertretern des revolutionären Sozialismus, den Kandidaten der U. S. P.

Das ist ein Musterbeispiel für die Notwendigkeit einer Linksregierung, die nur gemeinsam mit den Unabhängigen möglich ist. Der Landwirtschaftsminister ist der Sozialdemokrat Otto

Braun, und wie die „Magdeburger Volkszeitung“ ausbrüchlich feststellte, hat er einen derartigen Erlaß abgelehnt und die reaktionären Beamten wollen auf Schleichwegen die Landarbeiterschaft frachten. Die „Magdeburger Volkszeitung“ hat versichert, nur die Wahl der Unabhängigen könnte den Erlaß verhindern. Die Arbeiter — sicher auch viele Landarbeiter — haben den „revolutionären“ Worten der Brandes, Dittmann und Verfling geglaubt und sie gewählet. Was wollen nun diese „Vertreter des revolutionären Sozialismus“ tun, um den Angriff auf die Freiheit der Landarbeiter abzuwehren? Die haben ein sehr „revolutionäres“ Mittel entdeckt: sie werden eine Rechtsregierung erzwingen und die Bildung einer Linksregierung verhindern. Dann werden sie grobartige und laute Nebenhalten und die instigieren wieder geknechteten Landarbeiter auf die Weltrevolution betreten. Wenn in nächster Zeit die Landarbeiter unter der Fuchel einer Rechtsregierung von neuem seufzen, können sie sich bei Brandes, Dittmann und Verfling beklagen.

Die „Magdeburger Volkszeitung“ fragen wir, ob sie nicht auch der Meinung ist, daß die Abwehr von solchen kapitalistisch-junkerlichen Angriffen auf die Republik, die Verfassung den Wahlenden, das Streikrecht, Wahlrecht und die Freizügigkeit der Landarbeiter nicht auch ein Vorteil für die Arbeiterschaft ist. Niedere Löhne, höherer Steuerdruck, noch mehr erhöhte Lebensmittelpreise, verschärfter Druck der Entente, größere Arbeitslosigkeit, stärkerer Ausbau der militärischen Reaktion sind, wie die „Magdeburger Volkszeitung“ schrieb die nächsten Folgen einer Rechtsregierung. Troßdem gibt sie der unabhängigen Reichstagsfraktion den Rat, eine reaktionäre Rechtsregierung zu erzwingen und nicht in eine Linksregierung einzutreten, um zusammen mit den Sozialdemokraten zu versuchen, so viel als möglich für die Arbeiterschaft herauszuschlagen. Wringen die Unabhängigen den Mut, in die Regierung einzutreten, nicht auf, dann verraten sie ihre Wähler und in erster Linie die Landarbeiter an die Rechtspartei. Gerade was die unabhängigen Wähler verhindern wollten, haben sie dann durch Abgabe des Stimmzettels Brandes, Dittmann, Verfling erzielt: den Sieg der Reaktion.

### Wie ist eine Lösung möglich?

Die Bildung einer neuen Regierung ist eine politische Aufgabe, die, wenn schwerste innere Erschütterungen vermieden werden sollen, nur gelöst werden kann im Rahmen der Verfassung. Die Verfassung kann natürlich keine Rezepte geben, mit dessen Hilfe alle politischen Krisen beseitigt werden können, aber sie stellt Regeln formaler Natur auf, nach denen sich die Lösung vollziehen muß. Darum ist ein kurzer Ueberblick über die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung nicht unnütz.

Nachdem die Regierung Hermann Müller ihre Demission gegeben hat und nur noch im Auftrag des Reichspräsidenten die Geschäfte weiter fortführt, kann mit der Ernennung einer neuen Regierung durch den Reichspräsidenten nicht lange gewartet werden. Der Reichstag muß nach Artikel 23 der Verfassung spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten. Die Weiterführung der Geschäfte durch das alte Kabinett könnte also theoretisch höchstens drei Wochen dauern,

dann muß eine Regierung da sein,

die nach der Auffassung des Reichspräsidenten das Vertrauen einer Mehrheit des Reichstags finden wird. Praktisch ist die Neubildung der Regierung schon früher zu erwarten, da die neue Regierung ja auch eine gewisse Zeit braucht, um sich zu ihrer ersten Vorstellung vor dem Reichstag vorzubereiten.

Nach Artikel 53 ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag dann die Reichsminister. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.

Jeder von ihnen muß zurücktreten,

wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Diese Bestimmung ist in ihrem Wortlaut äußerst wichtig, weil sie nicht sagt, daß der neu ernannten Regierung, wenn sie im Amte bleiben soll, das Vertrauen der Mehrheit aller Abgeordneten ausgesprochen werden muß. Verfassungsmäßig genügt es schon zum Verbleiben der Regierung, wenn ihr der Reichstag nicht durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Diese Bestimmung wird durch den Brauch parlamentarischer regierter Länder ergänzt, daß die Regierung, wenn sie sich der Volksvertretung vorstellt, die Vertrauensfrage stellen muß. Die Bejahung der Vertrauensfrage erfolgt auf dem üblichen Wege der Beschlußfassung. Es genügt also, wenn eine beschlußfähige Mehrheit — nach der bisherigen Geschäftsordnung die Hälfte plus eins, das wären im neuen Reichstag 231 Abgeordnete — durch ihre Mehrheit die Vertrauensfrage bejaht. Es ist dazu weder ein voll besetztes Haus notwendig, noch sind Stimmenthaltungen ausgeschlossen.

Es spricht nach der ganzen Lage der Dinge ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß — wenn sie überhaupt möglich — eine Regierung gebildet wird, die nur darum regierungsfähig ist, weil ihr der Reichstag das Vertrauen nicht von vornherein ausdrücklich entzieht. Diese Regierung wird dann allerdings

nur solange lebensfähig

bleiben, als die Opposition nicht den Entschluß faßt, sie durch ausdrückliche Vertrauensentziehung zu stürzen. Das wäre dann natürlich eine sehr schwache Regierung, die ihre ganze Geschäftsfähigkeit darauf betenden müßte, die überstarke Opposition möglichst nicht herauszufordern. Kein Wunder, daß das Verlangen der Parteien, an einer solchen Regierung teilzunehmen, nicht übermäßig groß ist.

Eine besondere Bedeutung gewinnt unter den gegenwärtigen Umständen die

### Stellung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident muß jede Gelegenheit ergreifen, um eine lebensfähige Regierung zustande zu bringen, er darf also nicht davor zurücktreten, Minister zu ernennen, die seine politischen Gegner sind. Natürlich wird unter solchen Umständen die Stellung des Reichspräsidenten nicht sehr angenehm, und der Gedanke, selber zurückzutreten, wird ihm dadurch sympathisch werden. Ein Rücktritt des Reichspräsidenten ist aber zurzeit so gut wie unmöglich. Die Wahl seines Nachfolgers soll nach Artikel 41 durch das ganze deutsche Volk erfolgen, das Amt dauert sieben Jahre, der Zeitpunkt der erstmaligen Wahl wird durch den Reichstag bestimmt. Der Reichstag kann aber die Wahl des Reichspräsidenten erst dann ordnen, nachdem die Abstimmungen in den Abstimmungsgebieten vollzogen sind und damit festgestellt ist, wer alles zum ganzen deutschen Volk im staatsrechtlichen Sinne gehört.

Nach Artikel 51 wird der Reichspräsident bei vorzeitiger Erledigung der Präsidentenschaft durch den Reichskanzler vertreten. Der Reichspräsident könnte also einen Reichskanzler ernennen und dann zurücktreten. Das hieße aber dem neuernannten Reichskanzler bis zu Beendigung der Volksabstimmungen in den Grenzgebieten eine nahezu diktatorische Vollmacht

anvertrauen, und das wäre ein um so gefährlicheres Unterfangen, als es sich diesmal doch nur um die Ernennung eines Verlegenheitskanzlers handeln kann, der eine feste Parlaments- und Volksmehrheit nicht hinter sich hätte.

Der Reichspräsident muß also vorläufig bleiben. Trösten kann es ihn einigermaßen, daß er einer Regierung gegenüber, die sein persönliches Vertrauen nicht hat, doch ganz erhebliche Vollmachten besitzt. So kann die Regierung gegen seinen Willen den gefährlichen Artikel 48, der von der Verhängung des Belagerungszustandes handelt, nicht in Verwendung setzen. Der Reichspräsident kann ferner ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz, ohne es zuvor in Kraft treten zu lassen, der Bestätigung oder Nichtbestätigung durch den Volksentscheid unterbreiten und auf diese Weise feststellen, ob die Volksmehrheit noch hinter der Parlamentsmehrheit steht oder nicht. Schließlich kann er nach Artikel 25

den Reichstag auflösen,

„jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß“. Es spricht alles dafür, daß der neue Reichstag seine Auflösung durch den Reichspräsidenten finden wird, sobald die Volksstimme vermuten läßt, daß die Wahl eines neuen, zur Bildung einer festen Regierung besser geeigneten Reichstags zu erwarten ist.

Wie man sieht, bietet die Verfassung mancherlei Möglichkeiten, aus den Schwierigkeiten einer augenblicklichen politischen Lage einen Ausweg zu finden. Es ist darum auch falsch, aus diesen Schwierigkeiten zu schließen, daß das demokratisch-parlamentarische System verlagert habe. Ähnliche Schwierigkeiten, wie wir sie jetzt haben, sind schon in allen parlamentarisch regierten Ländern entstanden, sie sind überwunden worden, und auch uns muß es gelingen, sie zu überwinden, ohne der Verfassung, die die sichere Grundlage einer freiheitlichen Entwicklung bildet, Gewalt anzutun.

### Der Eintagsflieg der Demagogie.

Die Sozialdemokratie hat den großen Sprung von 50jähriger Oppositionsarbeit zur Regierungspartei machen müssen. Es war von vornherein gewiß, daß nicht entfernt alle ihre Wähler die dazu nötige innere Umwandlung rasch genug oder überhaupt mitzumachen in der Lage waren. Besonders nicht unter den Verhältnissen, unter denen die Sozialdemokratie 18 Monate lang regieren mußte. Das höchste Interesse der Erhaltung des Volkes und seiner Lebensmöglichkeit zwang sie zu schärfster Abwehr gegen die gewalttätige Putzpolitik von links, aber die Moskopolitik scheiterte an der Heimtücke, der Hinterlist und Waterlandslosigkeit der Offizierskaste und der hinter ihr stehenden Rechtsparteien. Und wiederum nach dem 13. März raubte der neue kommunistische Putz im Ruhrgebiet der Regierung die Kraft, mit den Kapitulanten so rücksichtslos abzurechnen, wie sie das hätte tun müssen, um sich neues Vertrauen im Volke zu erwerben.

Auf diesem und allen andern Gebieten der Gesetzgebung war die Sozialdemokratie gezwungen, sich der Unterstützung zweier bürgerlicher Gruppen zu bedienen, und was mit diesen getrieben werden konnte, war gewiß keine rein sozialistische Politik. So war es den Unabhängigen außerordentlich leicht, Angriffsmaterial gegen die Sozialdemokratie zu finden. Trotz der Ungunst der Verhältnisse hat sich die Sozialdemokratie tapfer und ehrenvoll geschlagen. Der Spott der Unabhängigen über die „Minderheitssozialisten“ ist doch recht voreilig gewesen. Die Sozialdemokratie ist trotz allem noch die stärkste Partei geblieben.

In fast noch schlechterer Lage haben die Demokraten gefochten. Sie hatten eine Wählerkaste hinter sich, die vor der Revolution noch zum großen Teile den sozialdemokratischen Arbeiter zu haßen oder zu mißachten gewohnt war. Der Vorwurf, daß sie sich zum Schleppenträger der Sozialdemokratie erniedrigt hätten, hat ihnen ebenso furchtbare Wunden geschlagen, wie uns die Verdächtigung der Unabhängigen, daß wir uns in die Gefangenschaft der kapitalistischen Parteien begeben hätten. Besonders schwer haben die Demokraten dann unter der Steuerpolitik gelitten. Nicht ohne Grund klagt ihr Führer Gothein, daß „die starke Heranziehung von Besitz und Einkommen“ die Wähler von einer Partei fortgetrieben habe, welche aus Besitzenden ihren Stamm rekrutiert und welche sich plötzlich in eine Lebenslage zurückgeworfen sahen, die nicht selten unter der des großstädtischen Industriearbeiters stand. Die Zwangswirtschaft, welche die Regierung im Interesse des Volksganges bisher aufrechterhalten mußte, kostete die Demokra-

ten ihre Wählerstimmen auf dem Lande, und als Gesamt-  
ergebnis bleibt eine demokratische Partei zurück, die nur  
noch 45 Mandate zählt.

Trotzdem herrscht im Lager der Sieger, der Reaktionsäre  
und der Unabhängigen, keine reine Freude. Hinter  
den Unabhängigen steht drohend das Gespenst der Kom-  
munisten. Wohl haben sie nur zwei Mandate im  
neuen Reichstag errungen, aber einzelne Wahlorte, wie  
Ganau, wo die Unabhängigen von den Kommunisten gänzlich  
aufgefressen worden sind, zeigen deutlich, daß dieses Ver-  
fagen bei der ersten Wahlbeteiligung noch viel weniger für  
die Zukunft bedeuten will, als die Niederlage der Unab-  
hängigen bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Außer-  
dem werden die Unabhängigen mit 80 Mandaten nicht mehr  
unverantwortliche Opposition um jeden Preis treiben kön-  
nen, wie sie das bisher zum Nutzen ihrer Agitation getan  
haben.

Aus der sichern Aussicht auf Wiedererstarbung ist das  
deutsche Volk durch den Sieg der Unabhängigen und der  
Reaktion in Unsicherheit, Berrissenheit und Chaos zurück-  
geworfen worden. Schon scheint die Konferenz von Spa  
auf unbestimmte Zeit vertagt. Das deutsche Volk  
wird für die Dummheit vom 6. Juni fürch-  
terlich zahlen müssen. Und das allein ist das  
Traurige an dem sonst nicht allzu bedrückenden Eintagsflieg  
der Demagogie.

### Neue Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion.

Unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion  
finden sich eine Reihe neuer Namen, die der Nationalversam-  
lung nicht angehört haben. Es sind dies:

Prof. G. Mahrbrich, Ludwig Brunner, Friedrich Stampfer,  
Eduard Bernstein, Max Seppel, Frau Adele Schreiber, Richard  
Kreiger, Ludwig Weigand, C. Günlich, Friedrich Weine, Heinrich  
Meise, Joseph Horkel, Eugen Kaiser, Karl Bרגel, Alfred  
Fellisch, Feuerstein.

Dagegen sind von der Fraktion der Nationalversammlung  
die folgenden nicht wiedergewählt worden:

Waber, Wabert, Funder, Frau Wos, Urküne, Wudde,  
Burgau, Davidsohn, Deichmann, Dietrich, Dröner, Frau Gähler,  
Ender, Ernst Siebel, Gölzer, Gruber, Haad, Hasenzahl, Heine,  
Hense, Hierl, Koch, Frau Hörs, Hofmann (Schwarzburg), Koll,  
Gün, Käfer, Kanten, Dr. Jaspert, Kunonidel, Kassenstein, Kell-  
gott, Krähig, Franz Krüger, Landsberg, Lieb, Frau Labahl,  
Frau Lührs, Lüthich, Frau Lube, Mauerer, Müller (Polsdam),  
Noste, Osterloh, Panger, Pannschuß, Polorn, Dr. Quard,  
Rauch, Neel, Nobemann, Frau Nöhl, Nöhle, Nücker, Sachse,  
Seneger, Salm, Schäfer, Schädlitz, Schlüter, Richard Schmidt  
(Weihen), Schulz (Westpreußen), Schulz (Wosen), Frau Simon  
(Westpreußen), Dr. Singheimer, Stahl, Starosoff (gestorben),  
Steinmeier, Stod, Thiele, Trinks, Wesper, Voigt, Wintemann.

### Krach in der Rechten.

Die Geschlossenheit der beiden Rechtsparteien  
geht bereits drei Tage nach der Wahl in die Brüche. Die  
Deutschnationalen fühlen sich von den Strese-  
männern übers Ohr gehauen. Auf eine Bemerkung,  
daß die Deutschnationalen mit Stolz ihre Trophäen zählen,  
aber nichts damit anzufangen wissen, antwortet unwirksam  
und erbost die „Deutsche Zeitung“:

„Trophäen zählen? Und noch dazu „mit Stolz“? Für  
die Rechte als Ganzes liegt dazu ohne Zweifel Veranlassung  
vor. Für die Volkspartei als solche wohl nicht! Sie hat  
allerlei Glanz und in Herrn Stresemann einen rech-  
gefühlt. nen Führer geholt! Der Gedanke, in den Tagen  
des Friedens im Garten des verständigungswilligen Nachbarn  
in aller Stille die besten Plätze zu belegen und  
dann für die Tage des allgemeinen Kampfes, also nach ge-  
lungenem Einbruch, mit eben diesem Nachbarn gegenseitigen  
Burgfrieden zu verabreden, — er war glänzend! Auf diese  
Weise sind die Deutschnationalen mit ihrem Anteil an  
den Trophäen ja leider nicht ganz so gut weg-  
gekommen, wie sie es nach der von den nicht gerade lar-  
boristisch gerichteten Kreisen der Partei geleisteten Arbeit viel-  
leicht verdient hätten! So mischen sich hier und da in ihren  
Reihen in den Stolz auch andre Empfindungen!

In ihrer Wut auf Stresemann hat die „Deutsche Zei-  
tung“ hier sogar den bisher offiziell gelegneten „gegen-  
seitigen Burgfrieden“ verplappert, oder nein, sie hat wohl  
mit voller Absicht den Stresemann der Deffent-  
lichkeit als Lügner preisgegeben, jenen Stresemann, der  
das geschlossene Wahlbündnis wenige Tage vor der Wahl  
in öffentlicher Erklärung feierlich bekräftigt hat. Ent-  
sprechend dieser Stimmung möchte nun die „Deutsche Zei-  
tung“ die innig gehobte Bruderpartei allein die „Früchte“  
des Sieges genießen lassen, indem sie schreibt:

Die Volksparteiler können sich der Teilnahme an  
der Mehrheitsbildung nicht enthalten. Die Deutschnationalen  
müssen etwaigen Ehrgeiz in ihren Reihen ent-  
schließen händigen und in der Opposition bleiben.  
Nur so können sie ihrer politischen Aufgabe gerecht werden!

Die „Deutsche Zeitung“ übersteht, daß der Zutritt der  
Deutschen Volkspartei zur Koalition nicht genügt, weil durch  
den alsdann erfolgenden Austritt der Sozial-  
demokratie diese keine Mehrheit haben würde. Wenn  
die Koalition der Linken nicht zustande kommt — und gerade  
die „Deutsche Zeitung“ erklärt sie für „unmöglich, weil sie  
eben unmöglich ist“ —, so wird den Deutschnationalen alles  
nichts helfen und sie werden die „Früchte“ ihres Sieges, den  
sie drei Tage gefeiert haben, aufzuturnen müssen, so lauer  
ihnen die Früchte auch schmecken! Im demokratisch-parla-  
mentarischen Staate „sieg“ man eben nicht, um in die  
Opposition zu gehen.

Was ja auch für die Unabhängigen gilt.

### Nationalmiserables.

Die „Magdeb. Btg.“ veröffentlicht in ihrem Morgen-  
blatt eine aus Rom datierte Korrespondenz, die folgender-  
maßen beginnt:

Die verbündlichen Masgeier pumpen bereits Luft zum  
Fluge nach Spa, wo sie die vor Furcht und Höllichkeit  
Burgelbäume schlagenden deutschen Parinchen aus der  
Wilhelmstraße zu sehen hoffen.

Der Maulheld, der sich hier ein schnöddriges Geschimpfe  
gegen die Vertreter der deutschen Republik herausnimmt,  
wäre in Ehrfurcht erstorben vor einem Vertreter Wilhelms

des Rechten. Dieser „Patriot“ schreit nach einem „tat-  
kräftigen Mann“. Ja, wenn ein solcher aufstünde und die  
„Sprache Lenins, die Sprache Remals“ gelächelt hätte,  
„aber das polternde Notengeklapper unserer verschiedenen  
Regierungsmüller...“ Wohl! Reutnant hinschicken mit  
zehn Mann; ganze Konferenz von Spa einfach auflösen.

Die Sprache Lenins und Remals, wie der Schreiber  
sich etwas verschämt ausdrückt, das heißt militärischen  
Widerstand leisten. Kanonendonner statt des „Noten-  
geklappers“. Der Esel, der in der größten Verlegenheit  
wäre, wenn er seine „Politik“ durchzuführen hätte, bergibt  
nur einige Voraussetzungen für die Sprache Lenins und  
Remals: erstens die Distanz, die Kleinasien und Rußland  
von den Ententeländern trennt, zweitens die Ausdehnung  
Rußlands und Kleinasien, die eine militärische Eroberung  
unmöglich macht, drittens die klimatischen Verhältnisse  
dieser Länder und ihre noch unentwickelten Verkehrs-  
verhältnisse.

Wäre die „Sprache Lenins“ in Deutschland möglich,  
dann hätten Hindenburg und Ludendorff, statt sich den Be-  
dingungen Fochs zu unterwerfen, den Krieg fortgesetzt. Nun  
wir aber, dank dem „Notengeklapper“ unserer Regierung-  
müller“, aus dem tiefsten Elend heraus sind, in das uns  
die „tatkräftigen“ Leute gebracht haben, schwilt den  
Statistiken der Militärdiktatur wieder der Schamm. Sie  
schreiben nach einer „neuen Orientierung“ unserer aus-  
wärtigen Politik „an Stelle kosmopolitischer Schwärmerie“  
Diese neue Orientierung ist das alte Säbelkrallen  
das Maulheldentum, das Dreinschlagen mit der ge-  
wanzerten Faust, das uns in der ganzen Welt verhaßt ge-  
macht, das uns zwei Millionen Tote gekostet  
wirtschaftlich ruiniert und politisch bankrott gemacht hat.

Die Herren von der Stinnesvorlei mittlern  
Morgensluft. Sie rechnen auf die Uneinigkeit der Arbeiter-  
parteien und lassen die Maske fallen. Warten wir ab, ob  
die Unabhängigen in letzter Stunde nicht doch noch  
in Licht aufgeht. Der Feind steht rechts! —

### Das Ausland zu den Wahlen.

Der „Westminster Gazette“ bebricht den „doppelten Mord  
nach links und rechts“ und sagt: Die deutsche Regierung war bei  
den Wahlen in einer beneideten Lage. Sie hatte die un-  
möglichste Aufgabe, das eine Volk und die bisherigen Gegner  
aufzubehalten. Die Aufgabe ist durch die Härte der Politik  
der Alliierten noch erschwert. Die strengen Aktionen  
„alten nichts von der Willkür, die sogar Bismarck  
verleitet hat, da sie die feindliche Regierung nach der Niederlage nicht  
ließen. Sie haben Herrn Ebert und Herrn Müller nicht die  
Möglichkeit gegeben, mit irgendeinem kleinem Erfolg vor die Wähler  
zu treten. Sie haben sich bisher einer Revision auch der un-  
möglichsten Bestimmungen des Friedensvertrags widersetzt. In-  
zwischen haben die reaktionären Parteien die Regierung nicht nur  
für die von ihr begangenen Fehler, sondern auch für die eigenen  
Verbrechen und Torheiten verantwortlich gemacht, während  
die Arbeiterpartei angesichts des herrschenden Elends und der  
hoffnungslossten Lage mehr und mehr verstimmt wurde, in  
einer gewaltigen Unmuthung das „Mittelstadium“ zu sehen.  
Deutschland muß die Folgen der Fehler tragen. Keine Rücksicht auf  
Seiten der Alliierten kann ihm die Last abnehmen. Aber es ist ein  
Unterschied, ob die Last erträglich oder unerträglich gemacht wird.  
Die Alliierten müssen jetzt überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr  
ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen  
sich, wenn sich das Ende der bisherigen Maßnahmen  
bestimmt mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Wahlausfall für die  
deutsche Politik ergibt. Die Verantwortung ist eine Gefahr für die ganze  
Welt. Wir haben die Pflicht sie zu verhindern, falls es möglich ist.  
Mit einer ersten, folgerichtigen und konstanten Politik kann noch  
etwas getan werden um einer gemäßigten deutschen Regierung  
die Lebensmöglichkeit zu geben.

„Daily News“ schreibt: Wenn eine geordnete Regie-  
rung in Deutschland weiterbestehen und wenn ein gewaltiger  
Mord nach rechts zum Militarismus oder nach links zum „revo-  
lutionären Extremismus“ verhindert werden sollte, so müßten auch  
die Alliierten das Ihrige tun, um die gegenwärtig gemäßigte  
Verwaltung des Reiches zu unterstützen, die allein das  
Land vor neuen Erschütterungen bewahren kann.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt:  
Das Ergebnis der Reichstagswahlen ist unangenehm, da die Wahlen  
die Grundlage, auf der eine Regierung möglich war, vernichtet  
haben, ohne eine neue zu schaffen. Deutschland geht aller Wahr-  
scheinlichkeit nach noch einer Periode großer Schwierigkeiten en-  
gegen. Für die ruhige Entwicklung, die Deutschland in erster  
Linie nötig hat, muß dieser Zustand außerordentlich verhängnis-  
voll sein.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ sieht in den Wahl-  
resultaten eine gewisse Unabbarkeit gegen das bisherige  
Koalitionskabinett. Es sei leicht, die Verdienste der bisherigen  
deutschen Regierung zu übersehen, weil sie mehr auf dem Gebiet  
der Abwehr als des Neuaufbaues lagen. Niemand aber werde  
leugnen, daß die Koalitionserneuerung ihre Aufgaben im großen  
und ganzen mit Erfolg gelöst habe.

### Wieder Ministerkrise in Italien.

Noch keine drei Wochen sind seit der Lösung der letzten  
italienischen Ministerkrise verstrichen, und schon hat das  
Ministerium Nitti wieder seine Demission gegeben.  
Diesmal hat Nitti die Segel gestrichen, noch bevor es zu  
einer Abstimmung kam. Die unmittelbare Ursache des  
Rücktritts ist folgende:

Infolge des Sinkens der italienischen Valuta mußte  
der Brotpreis erhöht werden, da Italien große  
Mengen Brotgetreide einführt. Diese Erhöhung wurde  
durch eine königliche Verordnung vorgenommen ohne vor-  
herige Befragung des Parlaments. Die Sozialisten be-  
schlossen, die Regierung deswegen zu interpellieren und  
sich der Brotpreiserhöhung zu widersetzen. Die zwei  
Gruppen der bürgerlichen Linken, die der Regierung-  
koalition angehören, beschloßen, die Interpellation der So-  
zialisten zu unterstützen. Darauf trat Nitti zurück.

Das ist nun seit dem 16. November, dem Datum der  
letzten Wahlen, die dritte Ministerkrise. Die eigent-  
liche Ursache dieser permanenten Regierungskrise ist  
in der Parteikonstellation zu suchen, die die  
letzten Wahlen gebracht haben und die nicht unähnlich  
der Parteikonstellation ist, die in Deutschland die Wahlen  
vom 6. Juni gebracht haben. Von 508 Abgeordneten sind  
155 Sozialisten und 100 Merikale; der Rest verteilt sich  
auf die bürgerlichen Parteien von links und rechts. Nach-

dem Nitti versucht hatte, mit den bürgerlichen Liberalen,  
demokratischen und radikalen Parteien, also einer Min-  
derheit, ohne die Sozialisten und die Merikalen zu  
regieren, hat er vor drei Wochen mit vieler Mühe ein  
Koalitionskabinett mit den Merikalen zu-  
stande gebracht. Bei der ersten Probe ist dieses durch das  
Abstrengen der bürgerlichen Linken zusammengebrochen.

Wie die Situation ist, gibt es nur zwei Möglichkeiten:  
entweder ein Koalitionskabinett zwischen der bürgerlichen  
Linken und den Sozialisten, worauf diese nicht  
eingehen wollen, oder Neuwahlen. Ob diese aber eine  
Lösung bringen werden, ist auch noch fraglich. Eine sozia-  
listische Mehrheit ist unwahrscheinlich. Liebe nur eine  
sozialistische Niederlage als mögliche Lösung.

Die italienischen Sozialisten stehen also in  
derselben Klemme wie die deutschen Unab-  
hängigen. —

### Die Bremer Bürgerschaftswahlen.

Am gleichen Tage mit den Reichstagswahlen haben in Bremen  
die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft stattgefunden. Es erhielten  
Stimmen: Sozialdemokraten 29 217, 22 Sitze (letzte Wahlen 48 576);  
Unabhängige rund 50 000, 37 Sitze (28 565); Deutsche Volkspartei  
43 964 Stimmen, 24 Sitze (17 998 mit Deutschnationalen); Demo-  
kraten 21 720 Stimmen, 17 Sitze (29 483); Deutschnationale Volks-  
partei 8580 Stimmen 7 Sitze; Kommunistische Partei Deutschlands  
7313 Stimmen, 5 Sitze (11 358); berufständische Listen 7052 Stimmen,  
6 Sitze; Zentrum 3287 Stimmen, 2 Sitze. Es stehen sich gegenüber  
64 sozialistische (einschl. Kommunisten) und 56 bürgerliche Mandate.  
Die Kommunisten lehnen bekanntlich jede Mitarbeit ab, so daß in  
Bremen das gleiche Verhältnis wie im Reich, in Gotha und Braun-  
schweig besteht und die Unabhängigen mit Sozialdemokraten und  
Demokraten in eine Koalition treten müssen, wenn sie nicht eine Rechts-  
regierung erzwingen wollen. —

### Kleine Anfrage.

Folgende kleine Anfrage verdiente, im neuen Reichstag  
sodort eingebracht zu werden:

Vor einigen Wochen wurden durch die Magde-  
burger Sicherheitspolizei mehrere Freikorps-  
werber verhaftet. Es handelte sich um eine wilde Zeit-  
freiwilligenformation, das Freikorps Brandenburg, das  
nach Auskunft des Reichswehrministeriums nicht berechtigt  
ist, Werbungen vorzunehmen. Das Ministerium hat, die  
verhafteten Werber, insbesondere den Bataillonsführer,  
Leutnant Schmidt, vorläufig in Haft zu behalten. Die Ant-  
wort traf leider aus unauferklärten Gründen erst nach  
mehreren Wochen ein. Inzwischen hatte der politische Re-  
ferent im Reichsministerium des Innern, der ehemalige  
konservative Landtagsabgeordnete Geheimrat von  
Jacobi, die Entlassung verfügt und trotz aller Bedenken  
der Magdeburger Sicherheitspolizei durchgeführt.

Was gedenkt die Regierung gegen einen Beamten zu  
unternehmen, der in dieser Weise die auf Meuterei und  
Widergesetzlichkeit hinanslaufenden Pläne der Freiwilligen-  
korps begünstigt hat? —

### Notizen.

Schweden lehnt russische Aufträge ab. Die großen schwedi-  
schen Lokomotivfabriken haben die Aufträge der bolschewistischen  
Regierung nicht angenommen. Auch die meisten schwedischen  
Banken nehmen eine sehr reservierte Haltung ein. Eine Anzahl  
schwedischer Firmen, die von Sowjet-Rußland Schadenersatz zu  
fordern haben, beschloßen, das russische Golddepot beschlagnah-  
men zu lassen. An der Spitze der Aktion steht die schwedisch-  
dänisch-russische Telephongesellschaft. —

Anstand in Albanien. Die Albanen sind im Aufstand  
gegen die italienischen Besatzungstruppen. Die Albanen haben die  
Italiener zum Rückzug aus einigen Städten gezwungen. Nach einer  
Neutrumbildung ist die italienische Garnison aus dem wichtigsten Hafen  
Valona mit Verlusten unter dem Schutze von Kriegsschiffen zurück-  
gezogen worden. —

Der Boykott Ungarns. Nach einer Havasmeldung aus  
Paris hat der Allgemeine Arbeiterverband (G. U. L.) einen Aufruf  
an alle Verbände gerichtet, die nötigen Maßnahmen für den Boykott  
Ungarns ab 20. Juni zu treffen. —

Kampf gegen Brotpreiserhöhung in Italien. Der Ver-  
waltungsrat der parlamentarischen sozialistischen Partei beschloß,  
in der Kammer eine Entschließung einzubringen, in der gesagt wird, daß  
der Beschluß der Regierung, den Brotpreis zu erhöhen, eine Ver-  
letzung der Rechte des Parlaments sei. Bei einem Aufruhr in Bari  
infolge der Erhöhung des Brotpreises wurden zwei Demonstranten  
verwundet. Die Sozialisten veranstalten in ganz Italien Kundgebungen.

Eine Rede Lenins. Lenin soll in einer Rede der Flugblatt-  
verleiher von Moskau eine Rede gehalten haben, in welcher er er-  
klärte, daß die Lage verzweifelt sei. Die Arbeiter sagten er  
verhungen, weil die Banken, welche übrigens keine Werkzeuge  
haben, kein Korn gegen Banknoten abgeben, da sie die Noten als  
wertlos betrachten. Die Unterstützung von Handelsbeziehungen  
mit fremden Ländern sei deshalb notwendig und müsse möglichst bald  
durchgeführt werden. —

### Depeschen.

Wie es in Rußland aussieht.

Amsterdam, 10. Juni. „Telegraaf“ meldet aus Lon-  
don: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei,  
die Rußland besucht hat, ist gestern abend zurückgekehrt. Der  
Vorstand der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem  
Interview, in Rußland herrsche viele Uneinigkeit zwischen dem  
russischen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für  
ihre Lebensmittel keine Kaufmittel bieten können. Turner  
gab zu, daß in Rußland roter Terror herrsche, aber leugnete  
jedes Verbrechen des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck  
der Delegation sei, daß der Grundsatz der Näterregierung für ein  
demokratisches Land wie England nichts taue. Es liege  
sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie be-  
rückichtigten die menschliche Natur nicht und so viel Schönes der  
Kommunismus in vielen Beziehungen habe, so könne er erst in  
einigen Generationen verwirklicht werden. Der De-  
legation ist es aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Re-  
gierung keine industrielle Freiheit besteht und daß  
die Arbeitsniederlegung nicht gestattet wird.  
Turner sagte zum Schluß, die Bevölkerung des flachen Landes  
stehe dem Bolschewismus weniger freundlich als gleichgültig  
gegenüber. Dagegen sei die große Masse von Petersburg, wo  
man am meisten hungrig ist, untrügend auf Seiten der Bolsche-  
wisten. —





# Provinz und Umgegend.

## Erhöhte Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit in den Reparaturwerkstätten für landwirtschaftlichen Bedarf kann eine dem notwendigen Verbrauch entsprechende Ausdehnung erfahren. Auf den Antrag der Handwerkskammer hat das Reichspräsident nach Anhörung der Gewerbeaufsichtswörden widerwillig für den Regierungsbezirk genehmigt, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit der Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge sowie der Werkstätten der Schmiede, Sattler und Stellmacher, sofern sie vorwiegend mit Arbeiten der Verbesserung und Instandsetzung (nicht Neuankauf) für die Landwirtschaft beschäftigt sind, während der Monate März bis November bis zu 10 Stunden ausgedehnt wird. Die Arbeitszeit muß durch eine mindestens 1 stündige Mittagspause und je eine viertelstündige, für Arbeiter unter 18 Jahren halbstündige Vor- und Nachmittagspause unterbrochen werden.

Verträge, die von dieser Ausnahmegenehmigung Gebrauch machen wollen, haben dies der Ortspolizeibehörde unter genauer Angabe der Zahl der Arbeiter sowie der Arbeitszeit und der Bauten anzugeben. Die Ortspolizeibehörde hat die Anzeigen sofort dem Gewerbeinspektor zu übermitteln. Dieser ist ermächtigt, in allen Zweifelsfällen zu entscheiden, ob der Betrieb unter die Ausnahmegenehmigung fällt sowie die Forderungen der Ausnahmegenehmigung zu erfüllen, falls die gesetzlichen Bedingungen nicht eingehalten werden oder Ungünstigkeiten entstehen könnten. Wegen der Entscheidung des Gewerbeinspektors ist Berufung an den Regierungspräsidenten zulässig.

## Arbeiterjugendtag in Hohm.

Die Arbeiterjugendvereine in Mchersleben, Gatersleben, Hohm, Hagerode, Nachterstedt, Duedlinburg und einzelne Vertreter aus benachbarten Orten hatten sich am vorletzten Sonntag zahlreich in Hohm versammelt. Der Bezirksjugendsekretär Wöhrer hielt einleitend einen Vortrag über Wesen und Ziele der Arbeiterjugendbewegung. Daran schlossen sich geschäftliche Beratungen, bei denen die Fragen des Jugendbuches und der Organisation ausgiebig zur Erörterung kamen. Am Nachmittag fanden sich alle Teilnehmer zu einem Demonstrationzug zusammen, der der Bevölkerung zeigte, daß die arbeitende Jugend auch in unserer Gegend den Gedanken des Zusammenstehens und der Notwendigkeit zur ersten Arbeit an sich selbst erfaßt hat. Frohe Spiele im Freien, von den teilnehmenden Vereinen ausgeführt, brachten erwünschte Abwechslung, und haben gezeigt, wie man gute Unterhaltung pflanzen kann. Der Tag fand einen guten Abschluß durch einen Erkernabend in Hohm unter Mitwirkung der Mchersleber Jugendfreunde.

## Kreis Serichow 1 und 2.

Burg, 10. Juni. (Angriffsfall.) Am Mittwoch vormittag ereignete sich im Berlin-Burg Eisenwerk ein schwerer Unfall. Beim Transportieren eines Kessels mittels Kranes riß am Scherzeug eine Kette, so daß zwei vorübergehende Arbeiter schwer verletzt wurden. Am Aufkommen des einen wird gezweifelt. Es scheint, als ob die vorgeschriebene Belastungsprüfung des Kranes nicht vorgenommen ist. Es muß erwartet werden, daß in dieser Richtung die Betriebsleitung den Vorarbeiten im Interesse der Arbeiterschaft mehr nachkommt, damit solche Unfälle vermieden werden. Verhandlung war nicht in genügender Menge vorhanden. Dieser Mißstand muß ebenfalls dringend beseitigt werden. — Die Kartellbibliothek ist am Sonntag den 13. Juni von 10 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Bergzow, 10. Juni. (Buchhausstrafe) wegen Anstiftung zum Meineid erhielt Frau Maria Künzler aus Groß-Mörsburg vom Landgericht Magdeburg 20 Mark. Sie war mit dem Gastwirt Kiesele verheiratet, nahm es aber, als dieser im Felde war, mit der ehelichen Treue nicht so genau, so daß ihr Mann gegen sie die Scheidungslage anstrebte, als er zurückkam. In diesem Scheidungsprozess verurteilte nun die Frau die Hauptbelastungszeugin, ihr früheres Dienstmädchen, unter Frowungen zu einer falschen Aussage zu verleiten. Trotz hartnäckigen Leugnens konnte sie aber durch Beweisaufnahme dieser strafbaren Handlung überführt werden, und muß nun die Beeinflussung der Zeugin mit 1 Jahr Buchhaus büßen.

Matzenow, 10. Juni. (Streik.) Die Arbeiter in einer Anzahl von Betrieben der optischen Industrie sind in den Anstand getreten, weil der Arbeitgeberverband den Schlichterspruch über die Gewährung von Teuerungszulagen abgelehnt hat.

## Kreis Duedlinburg-Mchersleben-Ralbe.

Mchersleben, 10. Juni. (Stadtverordneten-Sitzung.) Zur Aufbringung der zurzeit stillgestellten Schulamtskandidaten sollen an der Johannischule drei Parallelklassen eingerichtet werden. Bei der Prüfung der Frage der Notwendigkeit entpinnst sich zwischen dem Stadtrat Rektor Holz und Stadtv. Lehrer Hennig ein Wortwechsel über die von den einzelnen Lehrern zu leistenden Pflichten. Nach dem Stadtv. Holz hat die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Prüfung hingewiesen, wird die Magistratsvorlage angenommen. Verschiedene Anträge bei Bewilligung von Zuschüssen werden vorbehaltlos angenommen. Bei dem Antrag auf Zustimmung zur neuen Verordnung über die Erwerbslosenversicherung weiß Stadtv. Jenke (U. S. P.) die Vorlage zurück, da sie für die Arbeiterklasse unannehmbar sei. Bürgermeister Kleeck empfiehlt die Annahme. Es handelt sich um ein Reichsgesetz, zu dessen Umgestaltung die Gemeinde nicht befragt ist. Die in Frage kommenden Beiträge stellen die denkbar höchsten Sätze dar und können auf die Weise hin, daß das Reich die Anteile nicht zurückzahlt, nicht weiter erhöht werden. Stadtv. Kleeck betont, daß auch die Sozialdemokraten das vorliegende Gesetz nicht als etwas Vollkommenes ansehen, man müßte jedoch das Wünschenswerte vom Möglichen unterscheiden. Die Vorlage wird darauf angenommen. Ebenso werden die bisher an Kriegshinterbliebene gewährten Ausgleichszulagen weiter bewilligt. Den im Jahre 1919 zurück-

gelassenen Kriegssachverhalte wird der Feuerbesatz des fünften Bezirksjahres erlassen. Ein Antrag auf Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren wird nach der Magistratsvorlage angenommen. Stadtv. Engel macht auf die durch das letzte Unwetter entstandenen Schäden aufmerksam und empfiehlt durch Schaffung eines neuen Kanals für Abflüsse zu sorgen. Oberbürgermeister Dr. Bunde weist das Augenblickliche zurück, da es sich um ein Millionenobjekt handeln würde. — Todlich verunglückt. Am Mittwoch morgen wurde der Bahnarbeiter Gustav Brunsmann an der Bahnwärterhütte 49 von einem Güterzug überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder im Alter von 4 und 2 Jahren.

Ralbe, 10. Juni. (Ein Unwetter.) Einem Landwirt wurde nachts 1 1/2 Morgen Gurkenland dadurch völlig vernichtet, daß schwere Gegenstände über den Acker hinweggezogen wurden. Es liegt sicher ein Mischel vor.

Thale, 10. Juni. (Möbe Gefinnung) Isten zwei Unbekannte an den Tag, die anscheinend aus Ralbe in dem Garten eines Weichenkessels alle Gemüsepflanzen aus der Erde herausgerissen und liegen ließen. Der Schaden beträgt mindestens 1000 Mark.

## Kreis Mchersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Halberstadt, 10. Juni. (Einführung des Oberbürgermeisters.) Genosse Weber, der neue Oberbürgermeister, wurde durch den Regierungspräsidenten W. Hermann in der Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag in sein Amt eingesetzt. Herausfordernd war das Benehmen der bürgerlichen Stadtverordneten. Sie blieben sämtlich der Sitzung fern. Auch die „Demokraten“ beteiligten sich an dieser lächerlichen Demonstration gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Der demokratische Regierungspräsident gewann dadurch gleich den richtigen Eindruck von der feststehenden demokratischen Anhängerschaft seiner Parteifreunde in Halberstadt. In der Einführungsrede gab der Regierungspräsident denn auch sein Bedauern über die Handlungsweise der Bürgerlichen recht lebhaften Ausdruck. Besonders die Demokraten sollten sich die Worte ihres Parteiführers hinter die Ohren schreiben.

Mchersleben, 10. Juni. (Mittagsthebst.) Fünf junge Mädchen erhielten von der Halberstädter Strafkammer recht empfindliche Strafen. Sie waren in vier Fällen auf Hausarrest verurteilt und hatten von den Mittagstheben die wertvollen Metallgegenstände abgehoben und zu Geld gemacht und dann den Erbs durchgebracht. Sie müssen nun diese Strafen mit 3 bis 8 Monaten Gefängnis büßen.

## Kreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 10. Juni. (Doppelte Strafe.) Der Arbeiter Erwald W. verurteilte im März nachts über die Kaserneingang zu Klettern, um Leder aus den Werdhöhlen zu stehlen. Ein Posten überholte ihn und verletzte ihn. Als er floh, an Bein und Fuß schwer. Auf dem erhielt der Dieb von der Strafkammer in Stendal wegen des verunglückten Diebstahls noch 1 Monat Gefängnis.

## Kreis Salzwedel-Gardelegen.

Wesermünde, 10. Juni. (Schwerer Diebstahl) vollführte eine Gesellschaft von fünf Einbrechern auf der Pumpstation Alfteral. Sie stahlen einen Motor und verkauften ihn für 5000 Mark an den Forderer Franz M. Dieser erhielt von der Strafkammer wegen Fehlers 7 Monate, die andern wegen Diebstahls oder Begünstigung 3 bis 7 Monate Gefängnis.

Wansfeld, 10. Juni. (Gegen den Sozialdemokratischen Oberpräsidenten.) Eine Konferenz der Arbeiterkreise der beiden Wansfeldkreise faßte den Beschluß, dem Erlaß des Oberpräsidenten, Genossen Hering, wegen Auflösung der Arbeiterkreise Widerstand entgegenzusetzen und auch da, wo sich die Arbeiterkreise bereits selbst aufgelöst haben, wieder neue einzusetzen.

Was werden diese „echten Revolutionäre“ wohl angeben, wenn durch das abnehmende Verhalten der 80 Unabhängigen des neuen Reichstags gegenüber der Beteiligung an einer demokratisch-republikanischen Regierung eine Rechtsreaktion zustande kommt und dann anstatt des Sozialdemokraten Hering ein Reaktions b. d. Schulenburg Erlaß herausgibt? Glauben die Radikalen, daß ein Schulenburg die Arbeiterinteressen besser wahrnimmt als Genosse Hering, dem man aus reiner Oppositionslust ständig Knüttel zwischen die Beine wirft, anstatt ihn tatkräftig bei der Demokratisierung seines Verwaltungsbezirks zu unterstützen?

## Wahlergebnisse im Kreise Neuhaldensleben.

- Neuhaldensleben. Bauer 1242, Brandes 334, Schiffer 163, Kulenkampff 144, Schiele 123, Eder 213.
- Adendorf. Bauer 153, Brandes 11, Schiffer 22, Kulenkampff 13, Schiele 112, Eder 4.
- Altingersleben. Bauer 147, Brandes 102, Schiffer 58, Kulenkampff 5, Schiele 60.
- Altenhausen. Bauer 120, Brandes 38, Schiffer 73, Kulenkampff 20, Schiele 42.
- Altenleben (Dorf). Bauer 75, Brandes 134, Schiffer 58, Kulenkampff 34, Schiele 69, Eder 1.
- Altenleben (Markt). Bauer 121, Brandes 65, Schiffer 104, Kulenkampff 33, Schiele 58.
- Ausleben. Bauer 327, Brandes 69, Schiffer 32, Kulenkampff 5, Schiele 52, Zeffin 3.
- Babelsleben. Bauer 232, Brandes 55, Schiffer 50, Kulenkampff 44, Schiele 108, Eder 5.
- Barneberg. Bauer 605, Brandes 181, Schiffer 72, Kulenkampff 18, Schiele 82, Eder 49.
- Beendorf. Bauer 343, Brandes 239, Schiffer 44, Kulenkampff 44, Schiele 68.
- Beilsdorf. Bauer 116, Brandes 41, Schiffer 31, Kulenkampff 3, Schiele 107, Eder 2.

- Bornstedt. Bauer 142, Brandes 49, Schiffer 54, Kulenkampff 5, Schiele 80.
- Brogenstedt. Bauer 75, Brandes 171, Schiffer 88, Kulenkampff 5, Schiele 58.
- Bülkingen. Bauer 195, Brandes 9, Schiffer 44, Kulenkampff 140, Schiele 82, Eder 4.
- Dürrh. Bauer 88, Brandes 8, Schiffer 16, Kulenkampff 16, Schiele 33.
- Eißleben. Bauer 780, Brandes 192, Schiffer 179, Kulenkampff 27, Schiele 892, Eder 19.
- Fimrstedt. Bauer 168, Brandes 51, Schiffer 71, Kulenkampff 20, Schiele 82.
- Gmder. Bauer 121, Brandes 18, Schiffer 92, Kulenkampff 30, Schiele 47.
- Großendorf. Bauer 26, Brandes 40, Schiffer 70, Kulenkampff 7, Schiele 14.
- Groß-Mörsleben. Bauer 179, Brandes 56, Schiffer 4, Kulenkampff 114, Schiele 58.
- Groß-Santerleben. Bauer 152, Brandes 7, Schiffer 93, Kulenkampff 7, Schiele 58.
- Hakenstedt. Bauer 109, Brandes 106, Schiffer 188, Kulenkampff 7, Schiele 68.
- Harke. Bauer 346, Brandes 847, Schiffer 43, Kulenkampff 36, Schiele 171, Eder 29.
- Hilleleben. Bauer 180, Brandes 8, Schiffer 64, Kulenkampff 45, Schiele 58.
- Hörning. Bauer 270, Brandes 28, Schiele 77, Kulenkampff 31, Schiele 94.
- Hörsleben. Bauer 612, Brandes 1104, Schiffer 165, Kulenkampff 35, Schiffer 188, Eder 82.
- Jvenrode. Bauer 184, Brandes 12, Schiffer 106, Kulenkampff 7, Schiele 7.
- Groß-Wartenleben. Bauer 26, Brandes —, Schiffer 1, Kulenkampff 7, Schiele 35.
- Klein-Wartenleben. Bauer 109, Brandes 28, Schiffer 88, Kulenkampff 30.
- Marienborn. Bauer 207, Brandes 28, Schiffer 28, Kulenkampff 34, Schiele 10.
- Morsleben. Bauer 116, Brandes 93, Schiffer 80, Kulenkampff 10, Schiele 58.
- Neuenhose. Bauer 222, Brandes 1, Schiffer 89, Kulenkampff 67, Schiele 27.
- Ohreleben. Bauer 88, Brandes 148, Schiffer 62, Kulenkampff 12, Schiele 74.
- Ovelgünne. Bauer 47, Brandes 21, Schiffer 21, Kulenkampff —, Schiele 88.
- Ostingensleben. Bauer 182, Brandes 89, Schiffer 87, Kulenkampff 16, Schiele 60.
- Ostleben. Bauer 82, Brandes 59, Schiffer 20, Kulenkampff 8, Schiele 1, Eder 8.
- Sattelle. Bauer 47, Brandes 6, Schiffer 58, Kulenkampff 55, Schiele 60.
- Schadenleben. Bauer 268, Brandes 40, Schiffer 120, Kulenkampff 29, Schiele 80.
- Schwanefeld. Bauer 156, Brandes 54, Schiffer 29, Kulenkampff 19, Schiele 26, Zeffin 1.
- Siegerleben. Bauer 37, Brandes 59, Schiffer 21, Kulenkampff 10, Schiele 103, Eder 8.
- Sommerschenburg. Bauer 188, Brandes 191, Schiffer 88, Kulenkampff 13, Schiele 24, Eder 26.
- Sommersdorf. Bauer 301, Brandes 115, Schiffer 74, Kulenkampff 48, Schiele 37, Eder 26.
- Süplingen. Bauer 195, Brandes 121, Schiffer 47, Kulenkampff 140, Schiele 33, Eder 4.
- Tundersleben. Bauer 59, Brandes 20, Schiffer —, Kulenkampff 5, Schiele 18.
- Urspringen. Bauer 24, Brandes 68, Schiffer 20, Kulenkampff 12, Schiele 47.
- Ursleben. Bauer 81, Brandes 58, Schiffer 109, Kulenkampff 23, Schiele 64, Eder 1.
- Ummendorf. Bauer 594, Brandes 26, Schiffer 254, Kulenkampff 41, Schiele 77, Eder 7.
- Walsdorf. Bauer 225, Brandes 19, Schiffer 58, Kulenkampff 18, Schiele 65.
- Wälpe. Bauer 556, Brandes 119, Schiffer 82, Kulenkampff 96, Schiele 22, Eder 86.
- Waldleben. Bauer 111, Brandes 265, Schiffer 115, Kulenkampff 27, Schiele 25.
- Waldleben. Bauer 234, Brandes 121, Schiffer 81, Kulenkampff 15, Schiele 129.
- Weddingen. Bauer 205, Brandes 8, Schiffer 22, Kulenkampff 64, Schiele 104, Eder 1.
- Wefensleben. Bauer 315, Brandes 107, Schiffer 96, Kulenkampff 26, Schiele 61, Eder 1.
- Womdorf. Bauer 182, Brandes 35, Schiffer 116, Kulenkampff 16, Schiele 129.
- Yrleben. Bauer 92, Brandes 237, Schiffer 248, Kulenkampff 31, Schiele 166.
- Neuhaldensleben. Bauer 2435, Brandes 809, Schiffer 1265, Kulenkampff 904, Schiele 421, Eder 18.
- Nordgermersleben. Bauer 320, Brandes 93, Schiffer 96, Kulenkampff 68, Schiele 63.

(Fortsetzung des redaktionellen Teils nächste Seite.)

gegen **Heftigen Hautleiden** offen Feils- alte Wunden Ausschläge-Frostschäden ist altbewährte **Rizo-Salbe**. *Richard Schubert & Co. Künigstraße Dresden.*

## Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Angenruber. (81. Fortsetzung.)

Als sie in Langendorf ankam, da wurde ihm angst und bange, wenn er behachte: Jetzt geht es zum Reindorferhof, da wohnt der Herr abgesetzt und die Ehefrau steht mit einem breitmüchigen Maul nebenbei und nimmt dich in Empfang. „Da könnt ich mir gleich zum Hund in die Hütte unterziehen, und sollt sie einmal einer von uns zwei es besser haben, so wäre es sicher der Hund!“ Sie waren gerade an dem Mittern Graben angelangt, da klopfte er dem Knecht auf die Schulter und sagte: „Halt ein wenig auf, ich muß ein klein bißchen absteigen.“

Der Wagen hielt und als der Alte sich herabgeholt hatte, sagte er höflich: „Ich steig nimmer auf, tu, was Du willst, ich steig nimmer auf, weiter fahr ich nimmer, nein; magst nur wieder heimfahren.“

„Das selbe werd ich auch tun,“ sagte lachend der Knecht, „auf die Seele gebunden bist Du mir ja nicht. Behüt Gott!“ Er lenkte um und fuhr davon.

Der Alte aber bog in den Mittern Graben ein und ging des Weges, bis er zu dem Strauch gelangte, von wo aus man den Reindorferhof sehen konnte, ohne selbst gesehen zu werden, da hielt er an und blickte nach demselben, die Augen wurden ihm feucht.

„Du mein Hof, du mein lieber Hof,“ sagte er, „du Fleck, worauf ich geboren bin und hingehört, bis ich wegsterb! Gegen all meine Lohnordern, die auf dir gehauft haben, bis man sie hinweggetragen hat, werd doch ich keine Ausnahme machen? Ich sehr zurück zu dir, ich sehr zurück, ich hart es mach auch angenommen mag; auf dir sein, ist mein Recht, was können sie mir auch viel anhaben?“

Er trat aus dem Busche, blieb aber plötzlich stehen und hob die Hände.

„Du armer Hof, wenn ich mir gleich mein Leben verleiden und mein Sterben verbittern ließ, wer weiß, verfürst ich noch in einer von deinen Stuben!“ Der erste Reindorfer hat dich auch nicht am Budel mit auf die Welt gebracht, der mußte dich Erwerben denken und der jehige ans Verleiden. Deine Bäuerin sieht ja! Sie sieht, das hat ich wohl aus ihrem hellwütigen Horn entnommen von wegen der Spargroschen, sie sieht und entgeht es der Wirtschaft, wenn die sich neigt, wird sie ihr fürs erste mit dem Gestöhlenen ausstellen und gar vermeinen, gestöhlenen wäre gemietet, das wird so noch ein und das andre Mal sein, bis es nichts mehr zu stehlen und nichts mehr aufzuhelfen gibt; und ich sollt nebst all bitterem Gallentrank noch das gekrannte Herzleid in mich hinabschluden, daß ich dich so langsam vorstehen sah? Nein nein, lieber geh ich gleich betteln!“

Er mußte auf dem Hofe bemerkt worden sein, denn der Bauer und die Bäuerin traten auf die Straße heraus und sahen nach ihm, sie winkten nicht, sondern schienen zu erwarten, daß er herankomme, als er sich aber nicht vom Fleck rührte, sah er die Ehefrau lachend sich inmitten des Weges stellen und Gebärden machen, als wolle sie ihn wie einen Hund locken, was sie dazu rief, konnte er nicht entnehmen, neben ihm stand sein Sohn und er wehrte ihr nicht — da winkte der Alte mit der Hand nach dem Hofe, was diesem allein galt, wandte sich hastig ab und ging eilig den Weg zurück, den er gekommen.

„Ihr Götterberberker ihr,“ murmelte er, „Meint ihr, ich müßte nun gar den Hof verlassen, wenn ihr nicht herein da! sagt? Ich nicht, ewig nicht. Jetzt geht ich jurt betteln! Götterberberker!“ Er schlug die Straße nach der Kreisstadt ein. Es war ein heller, sonnenklarer Tag, aber er merkte nichts davon, er sah vor sich auf dem Weg, und wo etwa ein Käfer kroch, da legte er den Fuß seitwärts, um ihn nicht zu berühren. „Unziefier? —

Unziefier? Daß er leben will, ist alles! Kann er dafür, daß, wo er anfreißt, nichts mehr gedeiht, was andre fressen wollen? Weh auf die Zeit, geh auf die Zeit, sperr mir nicht den Weg, ich muß fort, weit fort, hin wo mich niemand kennt, sonst müßt mir keiner was geben und alle täben mich auf meine Kinder verweisen...“

Als er sie erwähnte, die seine Stütze hätten sein sollen, die kein Wort fanden, keine Hand frei hatten, um ihn zurückzuhalten, und ihn ziehen ließen, ihn, der nun mühen Körper und wirren Gedankens sich seiner ganzen Hilflosigkeit bewußt wurde, da schluchzte er laut auf, aber mit tränenden Augen haßte er auf dem Wege vorwärts, er fand es nunmehr leicht, zu Fremden seine Hände bittend zu erheben, die können nicht zu arg an ihm tun, wie seine eignen Kinder, und wie hätten die wohl an ihm gehandelt, wenn er geliebten wäre? Ihn erlöste eine Furcht vor demselben; nur um ihnen möglichst fern zu gelangen, legte er seine letzten Kräfte ein — er taumelte — über ihm schattete es in der Luft — er brallte gegen den Stamm eines Baumes, den er mit beiden Armen umgriff und sich daran anrecht hielt. Lange stand er dort, zitternd und nach Atem ringend.

„G'mach, g'mach,“ leuchte er, „nur mit Bedacht, all's mit Bedacht.“

Dann versuchte er ein paar Schritte und langsamen, unsicheren Ganges entfernte er sich längs der Straße. Und wenn es ihn vor neunzehn Jahren, von dem Wochenbett seines Weibes hinweg, ohne daß er sich dessen unter Weges bewußt war, jenen heimtückenden Kindern entgegenriß, so ätzte er auch jetzt, wo er diesen und dem Heim entfloß, ohne daß er es acht hatte, nach einer Richtung dort, immer, stetig nach der einen!

(Fortsetzung folgt.)



# Ausstellungspark

Halberstädter Str. 128/129 Nähe am Justizpalast

Täglich nachm. 3 Uhr und abends 9 Uhr.

1401

Marino am 18 Meter hohen, schwankenden Mast

Abends Scheinwerferbeleuchtung.

Karussells ♦ Schaukeln ♦ Schaubuden.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg. Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, 1. — Geschäftsstunden: Montag von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr, 143. — Sonntags geschlossen. — Telefonnum. 1012.

Freitag den 11. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, bei Koppelt, Bismarckstraße:  
**Branchenversammlung der Orthopädie-, mechaniker und Bandagisten.**

Tagesordnung:  
Branchenangelegenheiten, Verbandangelegenheiten und Verschiedenes.  
**Die Verwaltung.**

### Ordnung

Betreffend die Erhebung von Einkommensteuern im Bezirk der Landgemeinde Felgeleben.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung hierauf vom 17. Februar 1920 ist hierdurch in Gemäßheit der §§ 15, 18, 22 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 nachstehende Ordnung betreffend die Erhebung von Einkommensteuern im Bezirk der Landgemeinde Felgeleben erlassen.

- § 1. Für die im Bezirk der Landgemeinde Felgeleben stehenden öffentlichen Einkommensteuern sind an die bürgerliche Gemeindekasse nachstehende Steuern zu entrichten, und zwar:
  - a) für Veranstaltung einer Tanzveranstaltung, und zwar:
    - i) wenn dieselbe längstens bis 12 Uhr nachts dauert 18 M.
    - ii) wenn dieselbe über 12 Uhr nachts hinaus dauert 20 M.
    - iii) wenn dieselbe von Rasten besucht wird 60 M.
    - iv) eines Tanzabendes (Klavier und Geige) 15 M.
    - v) bei Familienfeiern (Sopranen, Altsopranen, Sopranen usw.) 6 M.
  2. für Veranstaltung einer Kunsterei-Vorstellung 9 M.
  3. für Veranstaltung eines Konzerts und einer Operavorstellung 9 M.
  4. für Vorträge oder Vortragsveranstaltungen (sogenannte Einzelvorträge) für den Tag 9 M.
  5. für Vorträge auf einem Klavier, einem mechanischen oder anderem Musikinstrument in Gastwirtschaften, Schenken, öffentlichen Vergnügungsorten, Wägen oder Zelten:
    - a) die Mitternacht für den Tag 6 M.
    - b) über Mitternacht hinaus für den Tag 9 M.
  6. für Vorstellungen von Gymnastikern, Ballett- und Seiltänzern, Taschenspieler, Zauberer, Artisten, Bauernrednern und dergleichen für den Tag 6 M.
  7. für das Halten eines Karussells für den Tag 15 M.
  8. für das Halten einer Büchse für den Tag 15 M.
  9. für das Halten einer Schießbude für den Tag 15 M.
  10. für öffentliche Veranstaltungen der vorher nicht genannten Art, insbesondere für das Halten eines Panoramas, Wachfigurenabzuges, Aufzuges für den Tag 9 M.
  11. für Veranstaltung von Wettrennen und Wettspielen für den Tag 5 M.
  12. für kinematographische Vorstellungen für den Tag 50 M.

In den in § 1 Ziffer i und 5 genannten Fällen schließt die höhere Steuer die niedrige in sich.

Die Steuer ist vor Beginn der Einkommensteuer zu zahlen. Die die Zahlung derselben verweigert, der die Einkommensteuer verweigert, und falls ein geschlossener Raum für die Veranstaltung der Einkommensteuer hergegeben wird, der Besitzer desselben, dieser mit dem Veranstalter auf das Ganze.

Den öffentlichen Einkommensteuern im Sinne dieser Ordnung werden diejenigen gleichgestellt, welche von geschlossenen Besessenen oder Gesellschaften oder von solchen Besessenen (Gesellschaften) besessen werden, die zu diesem Zweck gebildet sind.

Die öffentlichen Einkommensteuern im Sinne dieser Ordnung gelten diejenigen nicht, bei welchen ein höheres wissenschaftliches oder künstlerisches Interesse vorwaltet. Wenn aber berufliche Veranstaltungen zum Zwecke des Erwerbs stattfinden, ist die Steuer dennoch zu entrichten.

Auf Antrag des Veranstalters kann in einzelnen Fällen die Steuer durch den Gemeindevorsteher ermäßigt werden, wenn der größte Gewinn zu der Höhe der Steuer offenbar in keinem angemessenen Verhältnis steht.

Bei öffentlichen Einkommensteuern, deren Erwerbtrag zu einem wesentlichen Zweck bestimmt ist, kann die Zahlung der Steuer von dem Gemeindevorsteher erlassen werden.

Sanktionsbestimmungen gegen die Bestimmungen dieser Ordnung unterliegen einer Strafe von 1 bis 30 Mark.

Insbesonderes ist die für den Bezirk der Landgemeinde Felgeleben erlassenen, die Veranstaltung von öffentlichen Einkommensteuern betreffenden polizeilichen Vorschriften.

Vorliegende Ordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Dagegen wird die gleichen Gegenstand betreffende Ordnung vom 1. Oktober 1910 aufgehoben.

Felgeleben, den 18. Februar 1920.  
Der Gemeindevorsteher,  
(L. S.) Der Gemeindevorsteher, Wastian.  
Die Schöffen: Wastian, Wastan.

Vorliegende Ordnung wird gemäß § 18, Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 hiermit genehmigt.  
Talsbe a. d. S. den 4. März 1920.  
Der Kreisamtspräsident des Kreises Salze, Bergemann.

Su vorstehender Genehmigung erteile ich meine Zustimmung.  
Magdeburg, den 11. Mai 1920.  
Der Regierungspräsident,  
L. S. (Unterschrift)

Vorliegende Ordnung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.  
Felgeleben, den 2. Juni 1920.  
Der Gemeindevorsteher, Wastian.

## Lichtspiele

Ab Freitag und folgende Tage

Lichtspielhaus: Panorama

Viggo Larsen in Graf Sticksels Bekenntnisse ein Drama aus dem Birkelandsleben in 5 Akten.  
Die Dorfhege 4. Abenteuer des berühmten Charly Will in 5 Akten. Charly Will, Julius Brandt.

Kammer-Lichtspiele

Das Tagebuch meiner Frau (Die Nacht des Goldes) Schauspiel in 5 Akten. — Hauptdarsteller Alfred Abel, Vera Bogner, Helmut Schrotz.  
Udo Thomsens Heimkehr ein Fischerdrama in 4 Akten. Hauptdarsteller Viggo Larsen.

Tombild-Theater

Das Bild der Geliebten Drama in 5 Akten. Hauptdarstellerin Maria Zelenka  
Was hat er denn? eine lustige oberbayerische Dorfgeschichte in 2 Akten.

Anfang Sonntags 8 Uhr Wochentags 6 Uhr Ende 10.45 Uhr Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Die Zirkus-Lichtspiele bringen ab heute die große Abenteuer-Sensation

### Die Apachen

mit Max Landa, Reinhold Schünzel, Hanni Welcke. Außerdem noch einen glänzenden Wiener Kunstfilm.

**ZL**

Park-Restaurant 1422  
**Herrenkrug**  
Heute Freitag ab 3 1/2 Uhr:  
**Groß-Kaffee-Konzert**  
des gesamten Philharmonischen Orchesters.

Mitunter Hof, 1407  
Freitag, Sonnabend u. Sonntag früh 10, 4 u. 8 Uhr  
**Groß-Preisfest**

Stephanshallen 1407  
das weltliche Volks-Theater.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Südbühnen 1422  
Freitag, Sonnabend u. Sonntag früh 10, 4 u. 8 Uhr  
**Groß-Preisfest**

**Das Lichtspiel**  
**LILLI**  
Ein Gesellschaftsdrama aus Berlin W. Nach dem gleichnamigen Roman von Solange Marek. 5 Akte. Hauptdarsteller: Milla Pankau, Leopoldine Konstantin, Reinhold Schünzel.  
**Der Mann mit dem Affenkopf**  
Poffe in 3 Akten nach dem Schwanke Münchener Luft. Hauptdarsteller Konrad Dreher.  
**Die Warenhausmiese**  
Lustspiel in 2 Akten. Hauptdarstellerin Lotte Werkmeister.  
Anfang: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr.

**Vogelgesang**  
Großer Rosenfior.

**Fürsten-Café**  
mit Schokolade 1405  
Sommer-Palmen-Terrasse.  
Jeden Nachmittag  
• Elite-Damen-Kaffeekränzchen. •  
Täglich nachmittags und abends  
Vornehme Salon-Musik.

**Olympia-Theater** Alte Naustadt, Wittenberger St. 4  
Ab Freitag den 11. die Montag den 14. Juni  
**Professor Nilfens seltsamer Tod**  
spannender Sensations- und Detektivschlager in 4 Akten mit Elmar Zangenberg.  
**Der oder der oder Eine Verwechslung**  
ein reizendes Lustspiel in 4 Akten.  
Sam. Tollachen! 2237  
Sonntag ab 3 Uhr  
**Große Jugend-Vorstellung**

**Hofjäger.**

Täglich abends 1/8 Uhr  
Gastspiel der berühmten  
**Leipziger Seidel-Sänger**  
Leipziger beste und leistungsfähigste  
Herrnengesellschaft.  
Direktor Artur Seidel. — 8 Herren.  
Heute Freitag:  
**Programmwechsel**  
Vollständig neues Schlager-Programm.  
L. S.:  
**Die Liebe im Forsthaus**  
Lebensbild in 1 Aufzug von Direktor Artur Seidel  
und  
**An die Luft gesetzt**  
Original-Parodie der Seidel-Sänger sowie  
der glänzenden, neuen, erklaffigen Goldfisch.  
Vorverkauf bei Jacobs, Ulrichsbogen.  
Im Café täglich nachm. 4 u. abends 8 Uhr  
**Künstler-Konzert.**

**Raucht Bonitas!**

**Tuch-Handlung**  
**Mannheimer**  
Breitweg 120, 1  
Ecke Braunschweigerstr.

**Anzug nach Mass 925 Mark**

Sitz garantiert.  
Beste Maßverarbeitung  
Keine Konfektion.  
Auch zugebrachte Stoffe werden verarbeitet.  
Meterweiser Stoff-Verkauf.

**Walhalla Lichtspiele**  
Magdeburgs vornehmste Lichtspielbühne.  
Aplstraße 12

Ab Freitag den 11. Juni

**Vampire**  
2. Teil.  
des großen Detektiv-Romans in 6 Fortsetzungen.  
Inhalt:  
**Das Geheiß.**  
**Die Flucht des Toten.**  
Gewaltige, spannende Handlung. Glänzende Darstellung.  
Dazu die originelle Neuheit  
**Die Nebenbuhler**  
Der Film für alle  
Bei diesem Film wird der Lauf der Handlung bestimmt durch das Publikum. Die Bilder auf der Leinwand gehören wie lebende Menschen.  
Ferner ein reizendes Lustspiel  
**Sonnenuntergang mit Sahnenbaiser**

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10 1/2 Uhr, 1408  
Sonntags 3 bis 10 1/2 Uhr.

**Uhren**  
werden sauber und preiswert repariert.  
1324  
Otto Müller, Uhrmacher, Alte Naustadt, Weinberg 4a.

Gründer verlangen gegen 75 % in Wert. Märkten den 24. Sonntag. entbehrlich. Einbeleg. wörserv. Patentbureau. Böhmische, Halberstadt.

**Billige Stoffe!**  
E. Rudolf Gatz, Bismarckstr. 48

**Fürstenhof-Prunkaal**  
7 1/2 Uhr  
Der Varieté-Spielplan  
Georg Urbau  
Margot Kubisch  
D. Marg. Grigorich  
Richard Haupt  
Herbert u. Schüller  
usw. usw. 118

**Sattel.**  
7 1/2 Uhr  
Große Vorstellung der Banertruppe  
Sänger.

**Städtische Theater.**  
Stadttheater 130  
Freitag den 11. Juni  
1. Abend  
**Manon Lescaut.**  
Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Sonnabend: Martha.

**Wilhelm-Theater**  
Freitag den 11. Juni, 7 1/2 Uhr  
**Alt-Heidelberg.**  
Sonnabend: Erdgeist.

**Viktoria-Theater.**  
Freitag, 11. Juni, Anf. 7 1/2 Uhr  
**Die Schmetterlingsschlacht.**  
Sonnabend: Charles Fante

**Hofjäger**  
vord. Saal  
Müller-Liparis  
belletr. Famil.-  
Vorstellungen.  
Seute 8 Uhr 3. Letztermal  
**Stark ist die Liebe**  
Serr. Rom. a. d. Gen. -Ang.  
Sonnabend: 2238  
**Die 3 Kavaliere.**

Sonnabend den 12. Juni  
**Gr. Gesellschaftsball**  
in der Seiffers Bierhalle,  
Schöninger Straße Nr. 28,  
veranstaltet vom  
**1. Sudenburger Musik- und Theater-Verein.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. 2240  
ES ladet ein: Der Vorstand.

**Zentraltheater**  
Heute zum letzten Male  
**Eine Ballnacht.**  
Beginn 7 Uhr.

Morgen Sonnabend  
Erstaufführung  
**Die Dame vom Zirkus**  
Operette in 3 Akten.  
Dirig. v. Robert Winterberg.

**Arbeitsmarkt**

**Mehrere perfekte Wiedler**  
erfahren in der Wiedlung von Transformatorn und Motoren sofort gesucht.

**Licht- und Kraftwerke, A.-G., Stuttgart.**

Wir suchen mehrere tüchtige  
**Entwerfer, Listenführer**  
und bitten um schriftliches Angebot unter Angabe des Lebensalters. Eintritt möglichst 1. Juli, ev. auch später.  
**Schoenemeyer & Garke**  
Magdeburg, Versicherungsgesellschaft. 6155

Such Sie sofort  
**Radrennen**  
Küchenschaffner, Oberkochen.  
Suchen Sie sofort  
**Fahrradschlosser**  
sowie gesucht. Gute Stoffe mit  
Lohn in Höhe. Angebote mit  
Bewertungsenden an  
Sch. Schenken a. d. Elbe.

**Umzüge**  
Fahren aller Art  
Gebäudevermietung, ein- u.  
auspächtern, Übernahm. sofort  
Alamo Radler, Schönebergstr. 2.  
Telephon 5250 und 2475.

**Alteisen** 1733  
kauft ständig zu höchst Preisen  
E. Wendt, Fernerleben,  
Hertensstr. 54. Telephon 7295

**Motten-**  
1000 Pulver in Spritzdose  
zum Einmischen u. Be-  
seitigen der Schädlinge  
3 Mk.  
Kol. Apfeler, Breitweg  
114, Nr. 155.

In neuer Auflage erschien:  
**Der gute Schriftführer und Berichterstatter**  
Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung  
tätigen Lehrenden von Wilhelm Kieperstahl  
Preis Mark 3.60.  
Nach auswärts 10 Pfg. Porto extra.  
**Buchhandlg. Volksstimme**  
Große Mühlstraße 2.